

## Veränderungssperre für Gorleben

Zuvor hatte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) am 9. Juli 2004 dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und insgesamt sieben Gemeinden den Entwurf einer Verordnung über eine Veränderungssperre für den Salzstock Gorleben zur Stellungnahme zugesandt. Die Verordnung verbietet, „Veränderungen vorzunehmen, die den Salzstock bereits vor Abschluß eines gesetzlich noch zu regelnden bundesweiten Auswahlverfahrens für ein Endlager für Endlagerzwecke unbrauchbar machen“, erklärt das BMU.

Die Erkundung von Gorleben war am 1. Oktober 2000 für mindestens drei und höchstens zehn Jahre zur Klärung konzeptioneller und sicherheitstechnischer Fragen unterbrochen worden. In der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000 zur Beendigung der Kernenergienutzung hat sich die Bundesregierung verpflichtet, für diesen Zeitraum das Vorhaben gegen Eingriffe Dritter zu schützen. Damit werde ausdrücklich keine Entscheidung über die Zukunft von Gorleben getroffen, heißt es. Ob Gorleben als Standort weiter Bestand haben kann, hänge davon ab, ob sich dieser Standort nach Durchführung des gesetzlich noch festzulegenden bundesweiten Standortauswahlverfahrens als bestgeeigneter Endlagerstandort erweise.

Da die Verordnung darauf gerichtet sei, ausschließlich den tieferen Untergrund des Planungsgebiets, das heißt den Salzstock zu schützen, sind zukünftig primär solche Tätigkeiten untersagt, die die Integrität des Salzstocks nachteilig verändern, erklärt das BMU. Alle anderen Tätigkeiten, zum Beispiel der Bau von Häusern oder Bewässerungseinrichtungen, würden

deshalb nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen.

## Lagerkosten

Im Juni 2004 hatte das BMU eine Stellungnahme des Bundesrechnungshofes als „weder sachgerecht noch nachvollziehbar“ zurückgewiesen. Die Rechnungsprüfer hatten Milliardenrisiken bei der Atom- und Müllentsorgung gesehen. Außer Acht gelassen würden vom Bundesrechnungshof zum Beispiel die erheblichen Einsparungen, die mit der Ein-Endlager-Konzeption verbunden seien, erklärte das BMU. Es liege auf der Hand, daß ein einziges Endlager wesentlich geringere Betriebskosten verursache als mehrere Endlager. Tatsache sei, daß das Ein-Endlager-Konzept, das auf einer politischen Grundsatzentscheidung der Koalitionsparteien beruhe, zu keinerlei Mehrkosten im Bundeshaushalt geführt habe. Milliardenrisiken hätten allerdings diejenigen zu verantworten, „die über Jahre hinweg ohne eine tragfähige rechtliche Grundlage und ohne ein Auswahlverfahren Gelder im Salzstock Gorleben versenkt haben.“ Hierbei handele es sich aber gerade nicht um Steuergelder, sondern die Atommüllproduzenten hätten dieses Verfahren in eigener Verantwortung finanziert.

Es wäre unverantwortlich, würde man solche Risiken in Salzgitter noch einmal eingehen, heißt es im BMU. Deshalb sei es richtig, in Schacht Konrad keinen Atommüll vor Klärung der anhängigen Gerichtsverfahren einzulagern. Andernfalls wären bei einem gegen die Genehmigung entschiedenen Prozeß Gelder aufzuwenden, um den Atommüll wieder aus der Tiefe zu holen.

## EU-Endlagerforschung

Die Suche nach geeigneten Endlagern für hoch radioaktive Abfälle fördert auch die Europäische Union. Sie hat

dazu ein „Projekt ESDRED“ aufgelegt.

Ziel von ESDRED (Engineering Studies and Demonstrations of Repository Designs) ist es, die Machbarkeit verschiedener Konzepte für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen großtechnisch zu demonstrieren. Dabei sollen alle Betriebsphasen eines Endlagers einbezogen werden, wie die Errichtung, die Einlagerung und die endgültige Verschließung.

An diesem europäischen Projekt ist auch die deutsche Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH mit ihrem Fachbereich Endlagersicherheitsforschung in Braunschweig beteiligt, zusammen mit 12 Partnern aus acht EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz. Das teilte die GRS Mitte Juli 2004 mit. Der GRS fällt dabei die Aufgabe zu, verschiedene Verschlußmaterialien zu prüfen, mit der die verbleibenden Hohlräume in den einzelnen Einlagerungszellen eines Bergwerkes verfüllt werden sollen, um einen langfristig sicheren Verschluß des eingelagerten radioaktiven Abfalls zu gewährleisten. Eine Option, die sie untersuchen werde, seien Ton-Sand Mischungen, erklärt die GRS. Dazu werde sie sowohl in ihren Laboratorien in Braunschweig als auch im Untertagelabor Mont Terri in der Schweiz entsprechende Experimente durchführen.

Weitere Demonstrationsprojekte von ESDRED sind der Mitteilung zufolge die Herstellung und Installation technischer Barrieren um die Abfallgebinde, der Transport und die Einlagerung von Abfallgebinden in die Einlagerungszellen, die Verwendung spezieller Zementarten mit Spritzbetontechnik für die Verschlüsse von Hohlräumen oder deren Stabilisierung, die Konstruktion großtechnischer Prototypen zur Erprobung untertägiger Endlagerungs-

vorgänge, für die zur Zeit keine industriellen oder bergbaulichen Erfahrungen vorliegen und die Entwicklung technischer Lösungen unter Berücksichtigung möglicher geologischer Störungen mit dem Ziel, die Langzeitsicherheit des Endlagers zu gewährleisten.

ESDRED ist Teil des 6. EU-Rahmenprogramms für Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Kernenergie (2002-2006). Es wird von der französischen „Nationalen Agentur für die Entsorgung Radioaktiver Abfälle“ (ANDRA) koordiniert. Das Budget beträgt insgesamt 18 Millionen Euro, davon 7,3 Millionen Euro aus dem Rahmenprogramm. Den Anteil der GRS finanziert das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. ESDRED-Partner sind ANDRA/Frankreich, AITEMIN/Spanien, ENRESA/Spanien, CSIC/Spanien, NAGRA/Schweiz, DBE TECHNOLOGY/Deutschland, NIREX/Großbritannien, ESV EURIDICE EIG/Belgien, ONDRAF/NIRAS/Belgien, GRS/Deutschland, POSIVA/Finnland, NRG/Niederlande und SKB/Schweden. ●

9.+10. Oktober 2004

## ERAM stilllegen – aber wie?

### Seminar zu Endlager-Fragen und Perspektiven

Am 9. und 10. Oktober 2004 findet – voraussichtlich im Allerhof in Alleringersleben – ein von der Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt getragenes und von AktivistInnen des Morsleben-Netzwerkes ausgerichtetes Seminar zu Grundlagen der Endlager-Problematik statt. Dabei geht es um die Vermittlung eines Verständnisses für wissenschaftliche Fragestellungen bei der Entscheidung über Endlagerkonzepte, speziell orien-

tiert am Beispiel des Endlagers Morsleben (ERAM). Dazu sind Fachleute aus Behörden und unabhängigen Gutachterbüros eingeladen. Das Seminar soll Wissen vermitteln, das es erlaubt, bei der Diskussion um die Stilllegungskonzepte für das ERAM die relevanten Aspekte einschätzen und hinterfragen zu können. Damit dient das Seminar auch ganz wesentlich der Vorbereitung des für das nächste Jahr geplanten behördlichen Kolloquiums für die Stilllegungskonzepte zum Endlager Morsleben.

Im Kalibergwerk Morsleben wurden bis zum gerichtlich verfügbaren Aus insgesamt 36.000 Kubikmeter schwach- und mittelfradioaktiver Abfälle eingelagert, der überwiegende Teil davon zwischen 1994 und 1998 – nach der Wiedervereinigung aber noch auf der Basis der alten DDR-Betriebsgenehmigung. Hatte es schon für diese Einlagerung kein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren gegeben, so muß jetzt immerhin für die Stilllegung ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt und die Langzeitsicherheit nachgewiesen werden. Aktuell werden bereits aufwendige Sicherungsmaßnahmen durchgeführt, ohne die letztendlich einzusetzenden Verschlusstechniken zu präjudizieren. Trotz begrenzter finanzieller Ressourcen dürfen von der Anlage auf lange Sicht keine Gefahren ausgehen. Öffentliche Auslegung und öffentliche Anhörung sind Gelegenheiten für Bürgerinitiativen und Einzelpersonen, die Antragsdokumente kritisch zu würdigen und Einwände geltend zu machen. Dabei ergeben sich Fragen: Wie weit trägt die Informationspolitik des Bundesamtes für Strahlenschutz als antragstellender Behörde? Was ist bekannt über unterschiedliche Verschlusskonzepte? Wie können sich Bürger mit den vorliegenden Informationen auseinandersetzen?

Wie ist wissenschaftlicher Sachverstand zur kritischen Betrachtung der vorgeschlagenen Techniken zu mobilisieren?

Die Veranstalter laden ein, sich über diese Fragen zu informieren und mit Experten vom Bundesamt für Strahlenschutz und Umweltministerium Sachsen-Anhalt, mit kritischen WissenschaftlerInnen und Menschen aus Bürgerinitiativen zu diskutieren. Der Samstag dient der Vermittlung sogenannter Basics. Beginn ist um 10<sup>00</sup> Uhr. Am Sonntag findet dann ebenfalls ab 10<sup>00</sup> Uhr ein spezieller Morsleben-

**Gronau, 9. Oktober 2004**

## „Den Atomkonsens-Unsinn in Gronau aufdecken!“

### Aufruf zur Demonstration für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen

Trotz der Tschernobyl-Katastrophe wurde in Deutschland die Atomenergienutzung und die damit verbundene Atom-müllproduktion bis heute nicht gestoppt – obwohl die Mehrheit der Bevölkerung die Atomenergie ablehnt. Das beklagt der Arbeitskreis Umwelt Gronau (AKU) und ruft auf zur Teilnahme an einer „möglichst großen Anti-Atomkraft-Demonstration“ am 9. Oktober 2004 ab 11 Uhr auf dem Theodor-Heuss-Platz in Gronau. Technisch und wirtschaftlich sei es kein Problem, von heute auf morgen mit der Atomstromproduktion Schluß zu machen, lediglich der politische Wille fehle, heißt es in dem Aufruf. Daran habe auch der sogenannte Atomkonsens der Bundesregierung nichts geändert.

Besonders deutlich werde der Betrug des „Atomkonsens“ im westfälischen Gronau, circa 20 Kilometer nördlich des Ahauser Atommüllzwischenlagers, erklärt der AKU Gronau. Hier betreibt die international tätige Urenco die bun-

Workshop statt. Der Sonntag soll auch der Vernetzung und dem Austausch über aktuelle Entwicklungen rund um das ERAM und der Absprache über Strategien in der weiteren politischen Arbeit dienen.

Die Verpflegung erfolgt ökologisch und vegan; die Übernachtung im Allerhof in Gästezimmern. Der Teilnahmebeitrag beträgt 10 Euro pro Person. Die Anmeldung soll bis 14 Tage vor Seminarbeginn bei der Friedrich-Ebert-Stiftung erfolgen: ☎ 0391/568760 oder per E-Mail mit vollständiger Adresse an [info.magdeburg@fes.de](mailto:info.magdeburg@fes.de). ●

desweit einzige Urananreicherungsanlage (UAA). Im Mai 1986, nur wenige Tage nach dem Super-GAU in Tschernobyl, hatten der damalige Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) und Landesminister Raimut Jochimsen (SPD) die Anlage eingeweiht. Sie dient der Anreicherung des Uranisotops 235 im Uran zur Verarbeitung als Brennstoff in Atomreaktoren. Fast alle Atomkraftwerke im In- und Ausland benötigen angereichertes Uran als Kernbrennstoff. In Gronau wird nicht nur für deutsche Atomkraftwerke angereichert, sondern für den weltweiten Markt. Die Urananreicherungsanlage in Gronau wird als Teil der britisch-niederländisch-deutschen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Uranisotopentrennung mit Hilfe der Zentrifugentrennung betrieben. Schwesteranlagen waren bereits 1981 in Almelo (Niederlande) und 1982 in Capenhurst (Großbritannien) errichtet worden und gehören ebenfalls der Urenco-Gruppe.

### Zentrifugen und Atommüll

Die UAA Gronau hat derzeit eine Betriebsgenehmigung für 1.800 Tonnen Urantrennleistung pro Jahr (UTA/a). Damit kann Uran für den Betrieb von circa 16 Atomkraftwerken vom Typ Biblis oder Lingen 2 angereichert werden. Beantragt sind jetzt von der Urenco unter anderem die Erweiterung auf 4.500 Tonnen UTA/a (das ist eine Kapazität für circa 35 Reaktoren), die Vergrößerung des Container-Freilagers für anfallendes, hochgiftiges und radioaktives abgereichertes Uran in Form von Uranhexafluorid (UF-6) und der Neubau einer „Zwischen“-lagerhalle für circa 60.000 Tonnen Uranoxid, berichtet der AKU Gronau.

Die Erteilung der atomrechtlichen Genehmigung durch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen könne möglicherweise noch in diesem Jahr erfolgen, daher sei jetzt massiver Widerstand notwendig.

Die Menschen, die im Umkreis der UAA Gronau leben, sind bereits im sogenannten Normalbetrieb einer Beeinträchtigung ihrer Gesundheit durch ständige Niedrigdosisstrahlung ausgesetzt. Hinzu kommt das ständige Risiko eines Unfalls mit massiven Freisetzen. Laufende Urantransporte mit Bahn und LKW von und nach Gronau gefährden die Bevölkerung im Münsterland und anderswo. Bis nach Rußland führen die Transporte.

Von der Anreicherung des Urans für Atomkraftwerke bis zum Bau von Atombomben ist es technisch nur ein relativ kleiner Schritt, warnt der AKU Gronau. Daher unterlägen auch alle spezifischen Anlagenteile der militärischen Geheimhaltung. Die pakistanische Atombombe basiere auf der Technik der niederländischen UAA in Almelo. Brisant sei auch das abgereicherte Uran, das in Gronau anfällt. Von anderen Staaten werde